

DIETER KUHR

## Die nationale Faust im Nacken?

*Die Hände falten sich fester,  
unsere Toten sind nah, was wir  
geliebt und verloren, heut' ist es  
wieder da.*

*Weihnachtsgedicht 1966 aus der NPD-Presse*

### I

Bei den Wirtschaftswunderwahlen vom 28. Mai 1928 zog die Nationalsozialistische Arbeiterpartei (NSDAP) im gesamten Reichsgebiet nur 810 000 Wähler an und rückte als „unbedeutende Splitterpartei“ mit 2,6 vH der gültigen Stimmen in den Reichstag ein. Bei den Wirtschaftswunderwahlen vom 19. September 1965 blieb die bluts- und artverwandte Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) mit 2 vH in der Fünfprozenthürde vor dem Bundestag hängen. Aber schon der Beginn einer ökonomischen Entzauberung ließ sie über den Status „einer unbedeutenden Splittergruppe“<sup>1)</sup> hinausragen: Mit 7,9 vH in Hessen und 7,4 vH in Bayern nahm sie in beiden Länderparla-

1) Lorenz Bessel-Lorck, Heinrich Sippel, Wolfgang Götz: National oder Radikal?, v. Hase & Koehler Verlag, Mainz 1966, S. 130.

menten neben den „45-er Parteien“<sup>2)</sup> und „Lizenzdemokraten“<sup>3)</sup> Platz und Stimme ein. Die „Quasselbude in Bonn“<sup>4)</sup> dürfte 1969 folgen, sollte *Herbert Wehner* die Lage richtig einschätzen, wenn er — laut *Adolf von Thadden*, Lautsprecher und stellvertretender Vorsitzender der NPD — „mit Recht ankündigt, die 8 vH in Hessen seien erst ein Anfang“<sup>5)</sup>. In diesem Jahr werden Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen mit aller Wahrscheinlichkeit die nationale „Faust im Nacken“<sup>6)</sup> — aufmerksame Anleihe der NPD bei dem antigewerkschaftlichen US-Film gleichen Namens — zu spüren bekommen.

## II

Einen entscheidenden Einbruch in die Parlamente kann die NPD dann erreichen, wenn es nicht gelingt, „mit den Ursachen fertig zu werden“<sup>7)</sup>, die ein Aufkommen der NPD ermöglichen; der „nationalistische außenpolitische Aspekt ist nur eine und wohl nicht die wichtigste Seite“<sup>8)</sup> einer neuformierten militanten Rechten, die „JEDEM DAS SEINE“<sup>9)</sup> (gleiche Aufschrift am Lagertor des nationalsozialistischen KZ Buchenwald) zu geben verspricht. Als „Volkspartei\*“ verkleidet, wird sie — je nach Bedarf — sozial und arbeiterfreundlich auftreten, die Bauern umwerben, den Mittelstand verteidigen und den „Appell an die antikapitalistische Sehnsucht mit einer Verbeugung vor dem deutschen Unternehmertum“<sup>10)</sup> verbinden. Ein noch-nicht-Festgelegtsein auf ein Programm erleichtert es den „Amtsträgern“, an die Stelle konkreter politischer, wirtschaftlicher und sozialer Argumente demagogische Phrasen zu setzen, die der Melodie „Nationalsozialismus ist das Gegenteil von dem, was heute ist“<sup>11)</sup> nachempfunden wurden; *Otto Heß*, Gauredner der NSDAP und agiler Vize der NPD, weigert sich bisher, „ein Programm aufzustellen; man muß allein den Willen haben, aus der jeweiligen Situation etwas zu machen“<sup>12)</sup>. Und Thadden: „Wir wissen, was wir wollen, aber wir sagen es nicht“<sup>13)</sup>.

Dieser taktischen Einnebelung dient auch die bewußt schlitzäugige Rechtfertigung „Viele NPD-Wähler sind brave Leute“<sup>14)</sup> und die „offiziellen Verharmlosungsversuche“<sup>15)</sup>, das Abschneiden der NPD habe für die Bundesregierung „keine besonders große Überraschung gebracht“<sup>16)</sup> oder „Wenn wir in unserer Politik gewisse nationale Akzente setzen, dann wird die Partei bald verschwunden sein“<sup>17)</sup>.

Aber an solchen „nationalen Akzenten“ hat es doch weder bei gewissen Mitgliedern früherer Bundesregierungen noch bei deren Interpreten gefehlt. Daß sie jetzt seltener geworden sind, liegt nicht nur an der west-östlichen Entspannungspolitik ganz allge-

2) Deutsche Nachrichten (DN), Parteiorgan der NPD, Nr. 40 vom 7. Oktober 1966.

3) Geschichte der SPD ohne Tünche (VII. Folge), Deutsche Nationalzeitung und Soldatenzeitung (DNZ), größtes Blatt der extremen Rechten in der Bundesrepublik, Nr. 26 vom 1. Juli 1966.

4) Wer Adolf will, Der Spiegel Nr. 49 vom 28. November 1966, S. 40.

5) Werner Höfer: Sie wollen den Bonnern Beine machen, Die Zeit Nr. 46 vom 11. November 1966.

6) Spiegel Nr. 49 a.a.O.

7) Paul Lücke, Bundesminister des Inneren: Nach dem Erfolg der NPD: Was ist jetzt zu tun?, Die Welt Nr. 263 vom 10. November 1966.

8) Nikolas Benckiser: Rechts überholen?, Frankfurter Allgemeine (FAZ) Nr. 273 vom 24. November 1966.

9) Grundsätze der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, angenommen auf dem ersten Parteitag der NPD am 8. Mai 1965 in Hannover, I Absatz 1.

10) Deutscher Nationalismus — Marke NPD, Neue Zürcher Zeitung (NZZ) Nr. 325 vom 26. November 1966.

11) Gregor Straßer, Rede im Berliner Sportpalast vor der NSBO am 20. Oktober 1932.

12) Bernd Naumann: Das Programm der NPD: „Wenn wir dran sind“, FAZ Nr. 267 vom 16. November 1966.

13) Zitiert in Der Gewerkschafter Nr. 7 vom Juli 1966, S. 259.

14) So CSU-MdL Messner, zitiert in: CSU hofft auf Übertritt von Abgeordneten der NPD, Die Welt Nr. 274 vom 24. November 1966.

15) Der Vormarsch der NPD in Hessen, NZZ Nr. 304 vom 10. November 1966.

16) So der Bundes-Pressechef Karl-Günther von Hase, zitiert in: Einheitsfront gegen die NPD, Die Welt Nr. 261 vom 8. November 1966.

17) So der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß auf einer Pressekonferenz am 22. November 1966.

mein, sondern auch in der Einsicht, derartige Floskeln stünden einer dringend erwünschten Osthandelsexpansion im Wege. Entsprechende Signale aus Industrie und Handel sind verstanden worden, auch die NPD geriert sich in dieser Hinsicht vorerst „wirtschaftspolitisch absolut weltoffen“<sup>18)</sup>. Die Parole „Deutschland den Deutschen“<sup>19)</sup> zielt nur vordergründig nach außen, der eigentliche Hieb ist — innenpolitisch — gegen die Kräfte gerichtet, die im Nachkriegsdeutschland endgültig demokratische Normen in Wirtschaft und Gesellschaft anzustreben gedachten. Und eben diese „sogenannten Bonner Parteien werden nicht zu Unrecht von national noch klar blickenden Deutschen als ‚Besatzungsparteien‘ empfunden“<sup>20)</sup>. Aber die NPD erwartet, daß die „anderen Parteien langsam an unsere Linie herankommen und ihren Wählerstamm behalten, oder aber wir werden ihnen immer mehr Wähler abnehmen“<sup>21)</sup>, so daß sich dann die Nationaldemokraten als koalitionsfähig oder/und koalitionsbereit — „Wir sind in dieser Hinsicht absolute Pragmatiker“<sup>22)</sup> — erweisen könnten, „allerdings nicht mit der SPD“<sup>23)</sup>. Die „rote Novemberrevolution“<sup>24)</sup> wird der SPD trotz ihrer 40jährigen Entwicklung nicht vergeben, sie bleibt für die Reaktion eben eine „marxistische Klassenkampfpartei“<sup>25)</sup> und als solche ein „verlängerter Arm der Gewerkschaften“<sup>25)</sup>, deren Führer die „wütendsten Gegner jeder nationalen Regung sind“<sup>26)</sup>. In dieser gedanklichen Kette kann dann auch die Reminiszenz und die brutalste „Logik“ nicht fehlen: „Man darf die erzieherische Wirkung der KZs nicht vergessen, die aus vielen Rotfrontkämpfern und Marxisten anständige Deutsche gemacht haben“<sup>27)</sup>.

Folgt man diesen national-„demokratischen“ Gedankengängen einer Partei, „die erst im Aufbau ist“ und „die noch nicht an alle Details“<sup>28)</sup> herangeht, so wird doch schon jetzt klar, daß „sich innerhalb der NPD eine Gruppe in den Vordergrund schiebt, die nichts vergessen und nichts gelernt hat“<sup>29)</sup>.

Wer die Naziparolen — „Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Wir fordern die Bildung von Stände- und Berufskammern . . .“<sup>30)</sup> und „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ — noch in den Ohren hat, dem klingen die NPD-Töne „Gemeinsinn“<sup>31)</sup> statt „Gruppeninteressen“<sup>32)</sup> allzu vertraut. Die verschwommene Phraseologie „Die Wirtschaft und ihre Organe dienen Staat und Volk, nicht umgekehrt“<sup>33)</sup> besagt im Klartext: „Der Arbeiter muß dort eingesetzt werden können, wo er den deutschen Interessen dient. Es geht nicht an, daß bestimmte Verbände den Arbeiter zu Streiks und Arbeitsplatzwechsel ermutigen. Der Arbeiter muß an seinem Platz dem Vaterland dienen“<sup>34)</sup>.

18) Interview mit Otto Heß: Mit 90 Abgeordneten in den nächsten Bundestag?, Der Spiegel Nr. 49 vom 28. November 1966.

19) Das Manifest der NPD, 1965.

20) Eine notwendige Klarstellung: ohne Beseitigung der Kriegsschuldlinge keine Wiedervereinigung, DN Nr. 32 vom 12. August 1966.

21) Otto Heß, Spiegel Nr. 49 a.a.O.

22) Interview mit Otto Heß: Ihre Krallen zeigt sie nicht, Die Welt Nr. 7 vom 9. Januar 1967.

23) Thielen weist Fusion mit GDP und FDP scharf zurück, Die Welt Nr. 7 vom 9. Januar 1967.

24) So der stellvertretende Landesvorsitzende der NPD Baden-Württemberg Rechtsanwalt Peter Stöckicht auf der Münchener NPD-Kundgebung im „Hackerkeller“ am 16. Juli 1965.

25) Die Radikalisierung der SPD, DNZ Nr. 24 vom 11. Juni 1965.

26) Wer Brandt wählt — wählt Rosenberg, DNZ Nr. 37 vom 10. September 1965.

27) P. Stöckicht, a.a.O. (zitiert nach Richard Kühnl: Die NPD/Analyse rechtsradikaler Entwicklungen in der Bundesrepublik, Frankfurter Hefte Nr. 1 vom Januar 1967, S. 27).

28) Otto Heß, Spiegel Nr. 49 a.a.O.

29) So Franz Florian Winter, der im Herbst 1966 seine Funktionen als bayerischer NPD-Vorsitzender und als stellvertretender Bundesvorsitzender niederlegte und aus der Partei austrat, zitiert in: NPD-Vorsitzender zurückgetreten, Industriekurier Nr. 171 vom 3. November 1966.

30) Parteiprogramm der NSDAP, 1920.

31) Grundsätze ... I, Absatz 1 a.a.O.

32) Anmerkungen zum Manifest und zu den Grundsätzen der NPD, aus dem Verlag der DN, S. 9.

33) Grundsätze ... III, Absatz 3 a.a.O.

34) So Josef Truxa, Vorsitzender des Kreisverbandes München der NPD, am 18. Juni 1965 im „Mathäser am Hasenberg“, zitiert nach Götz-Dieter Nehrlich: Gefahr von rechts, Die Quelle Nr. 5 vom Mai 1966.

Das ganze dürfte sich dann wohl Sorge um „den notwendigen Interessenausgleich und den Arbeitsfrieden“<sup>35)</sup> nennen. Die Gewerkschaften sind zur „Anmaßung politischer Vorrechte“<sup>36)</sup> geradezu verpflichtet, wollen sie die Grundrechte für die apostrophierten Arbeiter — Unantastbarkeit der Menschenwürde (Artikel 1 Grundgesetz), freie Entfaltung der Persönlichkeit (Artikel 2 GG), Koalitions- und Streikrecht (Artikel 9 GG) und freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl (Artikel 11 GG) — gegen solche Interessenten bewahren, für die (auch in anderer Hinsicht) „das Grundgesetz ja nicht unabänderlich“<sup>37)</sup> ist. Wehren sich die Gewerkschaften diszipliniert, aber entschlossen zugleich gegen „jenen Teil der Bevölkerung. . . , der noch einen nationalen Antrieb hat“<sup>38)</sup>, dann sind es die Angegriffenen, die „bewußt provozieren, um deutlich zu machen, wer die Straße beherrscht“<sup>39)</sup>, dann sind es die „angeblich überparteilichen Gewerkschaften“, die ihre „Anhänger zum offenen Terror“ aufrufen<sup>40)</sup>.

Nach bewährter Manier wird versucht, einen Keil zwischen die „Bonzen“<sup>41)</sup> aus den „machtlüsternen Einheitsgewerkschaften“<sup>42)</sup> und den Arbeitern und Angestellten, „die sich nicht mehr vor den linksradikalen Gewerkschaftsfunktionären ducken“<sup>43)</sup>, zu treiben, denn der DGB „hetzt. . . Deutsche gegen Deutsche“<sup>44)</sup>, während die NPD „auch die Interessen der deutschen Arbeiter“<sup>45)</sup> vertreten möchte. Leichtgläubigen wird versichert, „die NPD sei durchaus gewerkschaftsfreundlich“<sup>45)</sup>; der „Versammlung von Hasenfüßen“<sup>46)</sup>, wie von Thadden die Demokratie zu bezeichnen beliebt, will er allerdings mit dem Popanz einer „Gewerkschaftschiktatur“<sup>46)</sup> Schrecken einjagen, um sich und seine Mannen als Nothelfer für die Zeit zu empfehlen, in der „eine um sich greifende Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung“<sup>47)</sup> verfestigte Eigentums- und Machtstrukturen gefährden könnte.

### III

Bei mangelnder Einsicht in die objektive Eigendynamik kapitalistischer Prozesse — verschärfter Konkurrenzkampf, verstärkte Akkumulation und Konzentration (die über den eigenen Wirtschaftsraum hinausgeht) im Zuge der Automatisierung und in Verbindung mit einer Stagnation wirtschaftlichen Wachstums oder gar mit negativem Wachstum — genügen schon leichte Erschütterungen, um eine rechtsradikale Potenz zu formieren. Es wäre nicht das erstemal, daß der Mittelstand panikartig reagiert, wenn ihm Gefahr droht, wirtschaftlich, sozial und prestigemäßig abzurutschen.

Kleine und mittlere Unternehmer, handelskettenfreie Einzelhändler, Handwerker, automationsbedrohte mittlere und kleine Angestellte, gehaltspolitisch vernachlässigte Beamte, EWG-bedrohte Klein- und Mittelbauern, gefährdete Freiberufliche, unzufriedene Akademiker, freigesetzte Hilfsarbeiter, inflationsverschreckte Rentner u. a. bilden zum Teil schon heute die Sturmabteilungen der noch unvollkommenen NPD. Wächst

35) Grundsätze . . . III, Absatz 3 a.a.O.

36) Grundsätze . . . III, Absatz 3 a.a.O.

37) So Josef Truxa, a.a.O.

38) Otto Heß, Spiegel Nr. 49 a.a.O.

39) Unser Gruß an Karlruna, DN Nr. 24 Tom 17. Juni 1966.

40) Friedrich Thielen, aus seiner Eröffnungsrede als Vorsitzender der NPD auf deren Parteitag in Karlsruhe im Juni 1966, zitiert in DN Nr. 25 vom 24. Juni 1966.

41) Aus einem anonymen Freiburger NPD-Flugblattj Mitte Juni 1966.

42) Hassel holt die Roten in die Kasernen, DN Nr. 34 vom 26. August 1966.

43) Im Stile Loderers, DN 29 vom 22. Juli 1966.

44) Fragen an die Demonstranten, NPD-Flugblatt, das der NPD-Kreisverband Konstanz am 16. Juni 1966 auf dem Bahnhof Radolfzell verteilte.

45) So Wilhelm Gutmann, NPD-Landesvorsitzender für Baden-Württemberg, am 7. Juni 1966 auf einer NPD-Versammlung in Waiblingen, zitiert in Waiblinger Kreiszeitung vom 10. Juni 1966.

46) So Thadden auf dem NPD-Parteitag in Karlsruhe, zitiert in der Stuttgarter Zeitung vom 20. Juni 1966.

47) Sigmar Heilmann: Die NPD reitet auf der „nationalen Welle“, Handelsblatt Nr. 223 vom 22. November 1966.

die Zahl der „Fußkranken des Wirtschaftswunders“, macht sich ein soziales „backlash“ als Folge einer weiteren wirtschaftlichen Nivellierung breiter Schichten des Mittelstandes bemerkbar, kommt es zu einer gesellschaftlichen Deklassierung der — bewußt von der NPD angesprochenen — „wichtigsten Träger einer gesunden Volkswirtschaft“, nämlich und in dieser Reihenfolge „Bauerntum, Mittelstand, Facharbeiterschaft und ein wage- mutiges, selbständiges Unternehmertum“<sup>48)</sup>, so dürfte „eine vielleicht noch ernstere radikale Bewegung, als es die NPD ist“<sup>49)</sup>, zum Angriff antreten. („Das Lachen wird Ihnen schon vergehen“<sup>50)</sup>.) Sehr schnell können aus den „National democrats“ wieder „National socialists“ werden, wie sich von Thadden auf englisch — und als bezeichnende *Freud'sche* Fehlleistung „versprach“<sup>51)</sup>. Denn „von den Dummköpfen bis zu den Usurpatoren“<sup>52)</sup> ist es nur ein kurzer Schritt.

Geht man davon aus, daß die NPD schon heute bei mindestens 84 vH der bundes- deutschen Bevölkerung als politische Partei bekannt ist und die Nationaldemokraten für 15 vH der Bundesbürger als durchaus wählbar erscheinen<sup>53)</sup>, kann man nicht umhin, sich die Sozialstatistik der NPD (im Vergleich zur NSDAP) anzusehen:

	NPD-Mitglied- schaft in vH 54)	NPD-Anhänger in vH 55)	Anteil an der Bevölkerung der BRD in vH 55)	NSDAP- Mitgliedschaft in vH 56)	Anteil der Bevöl- kerung des Deut- schen Reiches in vH 56)
Arbeiter	25,9	42	48	28,1	45,9
Angestellte	21,3	20	23	25,6	12,0
Landwirte	3,6	7	10	14,0	10,6
Beamte	6,1	15	7	8,3	5,1
Selbständige Geschäftsleute Freie Berufe	19,2	16	12	20,7	9,0
Sonstige (Schüler, Studenten, Pensio- näre, Militärperso- nen u. a.)	23,9	(entfällt)	(entfällt)	3,3	17,4
	100	100	100	100	100

Bei den NPD-Mitgliedern sind die Arbeiter (ähnlich wie bei der NSDAP) unter- repräsentiert, bei ihren Anhängern zeigt sich jedoch ein erhöhter Arbeiteranteil, der sich der Sozialstruktur der BRD annähert. Für die Angestellten ergibt sich ein ausgewogenes Bild; im Gegensatz dazu die Beamten, bei denen die Anhängerschaft doppelt so hoch ist,

48) Grundsätze ... II, Absatz 1 a.a.O.

49) Sigmar Heilmann, a.a.O.

50) So Heinrich Fassbender, Landesvorsitzender der hessischen NPD, in einem Interview, „Das Lachen wird Ihnen schon vergehen“, Spiegel Nr. 47 vom 14. November 1966.

51) Wer Adolf will, a.a.O.

52) Fritz Richert: Auf den Schaumkämmen der nationalen Weile, Die Zeit Nr. 48 vom 25. November 1966.

53) Wer Adolf will, a.a.O.

54) Quelle: NZZ Nr. 7 vom 8. Januar 1967. Stichtag war der 31. 12. 1966. Die NPD gab 25 315 Mitglieder an.

55) Quelle: E. P. Neumann (Institut für Demoskopie Allensbach): Steckbrief einer radikalen Partei, Die Zeit Nr. 3 vom 20. Januar 1967.

56) Quelle: Helga Grebing: Der Nationalsozialismus, 1964, S. 51. Bezugsjahr 1930.

wie es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht; auch die Selbständigen und Freien Berufe sind sowohl hinsichtlich der Mitgliedschaft als auch in der Anhängerschaft eindeutig überrepräsentiert.

Insgesamt also ein deutliches Indiz zugunsten der These, daß sich die NPD auf die Mittelschichten stützt, die in Gefahr geraten, „etwas zu verlieren“, und sei es auch nur vermeintliches Sozialprestige. Daß diese kleinbürgerlich-bürgerlichen Elemente das Rückgrat der NPD ausmachen, wird auch aus folgender Relation ersichtlich: Rund 11 vH der NPD-Gefolgschaft besitzt das Abitur, der Bevölkerungsdurchschnitt dagegen nur 4 vH<sup>55)</sup>.

Es handelt sich also um den Teil der Bevölkerung, der sich mit dem Schlagwort „Bildungsbürgertum“ umschreiben läßt, das sich wenigstens durch einen „geistigen Besitz“ von der breiten Masse abhebt, die weder über einen Besitz an Produktionsmitteln noch über einen an „Bildung“ verfügt. Die Chancen eines Aufstiegs nach „oben“, wo „Gut“ und „Geist“ vorhanden sind und die gesellschaftliche Position eindeutig fixiert ist, bleibt diesem „Bürgertum“ im spätkapitalistischen Regelfall versagt; die bundesdeutsche „Elite“ regeneriert sich aus der eigenen Schicht („geschlossene Gesellschaft“). Ein System, dessen Wertmaßstab realiter „Kapitalbesitz“ heißt, kann nur in Zeiten allgemeinen Wohlstands einen Hauch von Aufstieg für das Bildungsbürgertum und den kleinen Mittelstand gewährleisten. Stagnation oder gar Depression birgt für diese Gruppen die Gefahr in sich, „zumindest im Lebensstandard auf das Niveau der abhängigen Arbeiter und Angestellten abzusinken“<sup>57)</sup>.

Als es in den Jahren 1929—1933 zu einer objektiven „Proletarisierung“ kam, fand diese nicht etwa in einem Linksruck ihren Niederschlag, sondern aus der „Heterogenität der sozialen Bindungen und Interessen“<sup>58)</sup> heraus erfolgte subjektiv eine Hinwendung nach rechts zugunsten eines ständestaatlichen Faschismus, der die Antagonismen im Rahmen einer mystischen — nationalen — Gemeinschaft (orientiert an dem vergangenen, aber verklärten Frühkapitalismus) aufzuheben versuchte.

Die NSDAP-Forderung nach der sofortigen „Kommunalisierung der Großwarenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende sowie schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferungen an Staat, Länder und Gemeinden“<sup>59)</sup> war der propagandistische Ausdruck einer den Mittelstand bedrohenden Konzentration. Dem Sturm harter Konkurrenz konnte nichts entgegengesetzt werden, es wurde nach rückwärts ausgewichen, eine Flucht nach vorn aber hätte — statt zur Gegnerschaft — zur Partnerschaft des bedrohten Mittelstandes mit den Gewerkschaften führen müssen, die ebenfalls einen Ausweg aus den interdependenten Widersprüchen des Kapitalismus suchten. Objektiv kam die Bedrohung von „oben“, subjektiv aber sah (und sieht) der Mittelstand die Gefahr nur von „unten“, so daß er — ökonomisch und sozial gesehen — an der falschen Front kämpfte.

Die wie Mühlsteine wirkenden Gesetze der Marktwirtschaft zerreiben den bürgerlichen Mittelstand; von oben fühlt er sich durch die Großindustrie, von unten durch die tendenzielle Angleichung bedroht. Die durch die Gewerkschaften erkämpfte Erhöhung des Lebensstandards für die Arbeitnehmer verwischt die traditionellen Grenzen.

Die NPD deklariert daher als eine „ihrer vornehmsten Aufgaben“, die „Lebensbasis der freien und unabhängigen Existenzen . . . gegenüber dem Ansturm der Großwirtschaft und gegen die drohende Vermassung zu sichern“<sup>60)</sup>. Und sie fordert — wie gehabt — „die Einschränkung des maßlosen, unsozialen und ruinösen Wettbewerbs durch die schrankenlose Ausbreitung von Warenhäusern, Versandhandelsfirmen, Diskonthäu-

57) Hans Hagedorn: Wer wählt NPD?, *expreß international* Nr. 39 vom 21. November 1966.

58) Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik, 1955, S. 112.

59) Parteiprogramm der NSDAP, 1920.

60) Anmerkungen zum Manifest . . . a.a.O., S. 5.

ern usw. zu Lasten des selbständigen, leistungsfähigen Einzelhandels" <sup>61</sup>). Wieder ein Augenschließen vor den Gesetzen der Marktwirtschaft, wieder die gefährlichen sozial-utopischen Formeln, wieder der Blick zurück (aber nicht „im Zorn“), wieder „verfremdende Parolen“ wie „US-Kapital betreibt jetzt den Aufkauf mittelständischer Einzelunternehmen" <sup>62</sup>); und es folgt das Versprechen, die „amerikanische Monopolwirtschaft" <sup>63</sup>) zu brechen (früher hieß so etwas „Brechen der Zinsknechtschaft“), ohne aber auf die gleichgelagerte deutsche Konzernpolitik hinzuweisen (abermals ein Kotau vor dem „schaffenden Kapital“?).

Anstatt für eine betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung einzutreten, die dem Arbeitnehmer bei der Sicherung seines Arbeitsplatzes helfen könnte, wird von der NPD die Aktionsgemeinschaft der Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber bewußt sabotiert: der Arbeitsplatz soll „gegenüber ausländischen Arbeitskräften" <sup>64</sup>) gesichert werden; als vorsorglicher Blitzableiter für marktwirtschaftliche Pannen werden gehässige Antipathien gegen die Gastarbeiter — „Heute Kollegen, morgen Lohndrücker" <sup>65</sup>) — genutzt und geschürt.

Wenn *Thielen* erklärt, „unsere Wähler wollen, daß es nicht mehr in dieser Form weitergeht" <sup>66</sup>), so kann er sich auch auf *Edmund Rehwinkel*, Präsident des Deutschen Bauernverbandes, stützen, der sich von den „Machthabern in Bonn auf der ganzen Linie verraten und verlassen" fühlt und der in der NPD eine Partei sieht, „die im Kommen ist" <sup>67</sup>). *Thielen* und von *Thadden* jedenfalls glauben, mit der Übernahme der agrarpolitischen Forderungen des Bauernverbandes in die NPD-Propaganda die Unterstützung der Partei durch die Landvolkkreisverbände einhandeln zu können <sup>68</sup>).

Man muß auch „mit Besorgnis notieren", daß der Chefredakteur der offiziellen Zeitschrift der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände offensichtlich geneigt ist, „eine neue ‚nationale‘ Partei auch im Kreise der Arbeitgeber gesellschaftsfähig zu machen" <sup>69</sup>). *Heinrichsbauer* ließ erkennen, daß er die NPD „als eine durchaus respektable und zu berücksichtigende Größe in der demokratischen Repräsentanz des deutschen Volkes sieht" <sup>70</sup>), der man „hier und im Augenblick noch keine besondere Giftigkeit nachsagen" wolle <sup>71</sup>).

Hier kündigt sich, wenn auch zaghaft, die Gefahr an, daß die NPD eines Tages als Auffangbecken für breitere Wählerschichten „gemanagt" werden könnte, die heute noch den traditionellen Parteien ihre Stimme geben. Im Zuge eines ökonomischen Abschwungs oder einer sozialen Demontage, einer Verschärfung im Kampf um die Verteilung des Volkseinkommens oder der Propagierung einer „austerity"-Politik böte eine rechtsradikale Partei die „willkommene Chance", eine neue Phase in der Innenpolitik einzuleiten. Denn es wäre dann relativ leicht, von einer Position „rechts von der Mitte" ausgehend, die Arbeitnehmer mit dem Hinweis einzuschüchtern, man sei schließlich das „kleinere Übel". *Thadden* spekuliert denn auch schon ganz offen: „Wir werden entweder *die* Oppositionspartei oder aber Partner in einer Koalitionsregierung sein" <sup>72</sup>).

61) Wirtschaftspolitische Entschließung der NPD, 1965.

62) DN Nr. 47 vom 25. November 1966.

63) So von *Thadden*, zitiert nach Bernd Naumann, a.a.O.

64) Grundsätze . . . III, Absatz 2 a.a.O.

65) Überschrift eines NPD-Flugblattes, das Anfang Juni 1966 im Gebiet Waiblingen gegen die „Gast"-Arbeiter verbreitet wurde.

66) Der Erfolg der NPD, NZZ Nr. 30 vom 9. November 1966.

67) Der Spiegel Nr. 6 vom 30. Januar 1967, S. 104.

68) NPD bei *Rehwinkel*, Die Welt Nr. 16 vom 19. Januar 1967.

69) Genugtuung, Handelsblatt Nr. 224 vom 23. November 1966.

70) Der Mitarbeiter (Funktionärsorgan der Gewerkschaft Holz) vom Juni 1966 zitiert den Artikel: Ist national ein Unglück?, Der Arbeitgeber vom 20. April 1966.

71) Der Arbeitgeber vom 20. November 1966, zitiert in: Genugtuung, Handelsblatt Nr. 224 vom 23. November 1966.

72) Winston S. Churchill beim NPD-Führer *Adolf von Thadden*: Mein Großvater ist für Sie ein Kriegsverbrecher, Der Spiegel Nr. 3 vom 9. Januar 1967.

Ob eines dieser Ziele erreicht wird, hängt auch davon ab, „wie sich die vermögenden Bundesbürger und die Wirtschaft verhalten“. Beginnen sie die NPD „wie jede andere Partei zu finanzieren, lassen sie in ihren Blättern Anzeigen erscheinen“, ist die Hoffnung auf ihr Verschwinden via monetäre Auszehrung gering<sup>73)</sup>.

#### IV

Jegliche Anbiederungsversuche und in deren Konsequenz ein „Rechtsüberholen“ der NPD ist mehr als halbsbrecherisch, denn „wer überholt, fährt schneller und geht weiter als der Überholte“<sup>74)</sup>, der seinerseits auch sein Tempo erhöhen kann. Solche Überholmanöver einer Partei würden die Gewerkschaften — als das zuverlässigste Bollwerk gegen reaktionäre Bestrebungen — sofort zu spüren bekommen.

Wie die sich formierenden Rechtsradikalen am wirksamsten bekämpft werden können, muß von der Bundesregierung, von den Parteien und — last not least — von den *Gewerkschaften* schnell und klar beantwortet werden. Der DGB und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften sowie die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) haben umgehend in Wort und Tat auf die neuerliche Bedrohung der Demokratie reagiert: Bundesregierung, Bundesrat und die Länderregierungen sind aufgefordert, den radikalen Bestrebungen entgegenzutreten; es müßten „geeignete Schritte unternommen werden, um die Verfassungswidrigkeit der NPD feststellen zu lassen“<sup>75)</sup>. Der DAG-Vorsitzende *Späthen* setzt sich für ein Verbot der NPD ein mit der Begründung, der Rechtsradikalismus sei in Deutschland gefährlicher als der Linksradikalismus: „Nazis werden die Deutschen zum Vergnügen“<sup>76)</sup>.

Die Bundesregierung und die Landesregierungen scheinen in dieser Richtung jedoch noch nicht aktiv werden zu wollen. Bundesinnenminister *Lücke* erklärte: „Es wäre verfrüht und falsch, einen Antrag auf Verbot der NPD durch das Verfassungsgericht zu stellen. Die Gründe, die zum Erfolg der NPD geführt haben, sind durch ein Verbot nicht zu beseitigen“<sup>77)</sup>. Und Baden-Württembergs Innenminister Dr. *Filbinger* zum gleichen Thema: „Eine Verfassungsfeindlichkeit sei der NPD nicht nachzuweisen. Daher könne sie auch nicht verboten werden“<sup>78)</sup>. Die NPD selbst setzt „alle ihre Hoffnungen“ auf die deutschen Gerichte, die „die demokratischste aller Parteien schützen“ müßten<sup>79)</sup>.

Selbst wenn bald ein Verfahren zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit eingeleitet würde, wäre „mit einem langwierigen Verfahren zu rechnen“ und die NPD würde alles dransetzen, „durch immer demokratischeres Gebaren“<sup>80)</sup> diese Gefahr abzufangen und sich zugleich als Märtyrer aufzuspielen. Bevor ein Verbot wirksam würde, wäre sie mit größter Wahrscheinlichkeit schon in den Bundestag 1969 eingerückt.

Gelingt es der NPD, ein größeres Wählerreservoir zu erschließen und käme es daraufhin zu einem Verbot der Partei, so kann man schon heute ermessen, welches Ringen um — z.B. 15 vH — rechtsradikale Stimmen beginnen würde. Vielleicht würde sie dann sogar — über den Umweg einer „aufgeweichten“ demokratischen Partei — ihre Positionen langfristig ausbauen können.

Mir scheint, auch mit der Einführung eines relativen Mehrheitswahlrechts wäre die Gefahr nicht geringer; es könnte im Gegenteil dazu führen, daß es der NPD im

73) Fritz Richert, a.a.O.

74) Nikolas Benckiser, a.a.O.

75) DGB fordert Maßnahmen gegen antidemokratische Kräfte, DGB Nachrichtendienst Nr. 15/67 vom 13. Januar 1967.

76) Späthen für Verbot der NPD, FAZ Nr. 276 vom 28. November 1966.

77) Paul Lücke, a.a.O.

78) Zitiert nach FAZ vom 24. November 1966.

79) So von Thadden nach Stuttgarter Nachrichten vom 20. Juni 1966.

80) Tarnfarbe frißt sich unter die Haut, FAZ vom 28. November 1966.



ungünstigsten Falle (für die Demokratie) gelänge, mit etwa 35 bis 38 vH der gültigen Stimmen eine absolute parlamentarische Mehrheit zu erlangen, wenn die verschiedenen demokratischen Parteien in der Mehrzahl der Wahlkreise mit einem jeweiligen Anteil von 33 bis 34 vH von der NPD geschlagen würden. Eine Minderheit könnte dann legal die Demokratie zerschlagen.

Die wirksamsten Gegenmaßnahmen scheinen mir z. Z. folgende zu sein: Die Praktizierung des DGB-Beschlusses, „daß die Zugehörigkeit zur NPD unvereinbar ist mit der Mitgliedschaft bei den im DGB zusammengeschlossenen Industriegewerkschaften und Gewerkschaften" 81).

Damit zu verbinden wären: ein entschlossenes Auftreten der Gewerkschaften in den Betrieben und in der Öffentlichkeit für die Erhaltung und Erweiterung von Arbeitnehmerrechten; ein verstärkt anzustrebender Ausbau der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung; eine umfassende Schulungsarbeit über Ursprung und Wesen faschistischer Tendenzen; ein Hineintragen gewerkschaftlicher Theorie und Praxis in den gesellschaftlichen Raum, um das verschüttete politische Bewußtsein breiter Arbeitnehmerkreise zu reaktivieren und um die Demokratie aus dem formal-rechtlichen Bereich in gesellschaftspolitische Wirklichkeit umzusetzen; weiterhin der Gefahr entgegenzuwirken, daß neben der „klassischen" Rechten sich eventuell auch eine rechtsradikale Gruppierung des Instrumentariums einer Notstandsgesetzgebung bedienen könnte, um die Demokratie „legal" zu liquidieren.

81) Beschluß des DGB-Bundeskongresses in Berlin vom 10. Mai 1966.